

Metablierung der Seeres- und Flottenaus-
rüstung, so kommt man zu so ungeheuren
Bisfern, daß es nicht wundernehmen kann,
wenn man fast in allen Ländern, vielleicht mit
einziger Ausnahme Englands, sich mit der Frage
der Deckung dieser Kosten zunächst noch nicht
beschäftigt.

Als Grund hierfür wird meist, und wohl
nicht mit Unrecht, die Tatsache genannt, daß
die genauen Summen sich ja noch gar nicht
überblicken lassen, und ferner wird ja auch von
allen Seiten mit einer eventuellen Kriegsant-
schädigung gerechnet. Je länger aber der Kon-
flikt andauert, um so geringer wird auch für
den Sieger die Hoffnung auf eine solche mit
Rücksicht auf die fortschreitende Erschöpfung
aller wirtschaftlichen Kräfte der Unterliegenden.

Unmerklich wird man aber sagen können,
daß selbst im günstigsten Fall die Kriegskosten
eine solche Höhe erreichen werden, daß eine voll-
kommene Neuordnung der Finanzwirtschaft
der betroffenen Staaten erforderlich sein wird:
rechnet man doch allein für das Deutsche Reich
mit der Notwendigkeit der Aufbringung von
Summen, die das bisherige Budget um das
Drei- bis Vierfache übersteigen werden.

Damit wird aber die Uebersehung, wie diesen
Erfordernissen überhaupt gerecht zu werden ist,
zur unabwendbaren Aufgabe.

Wenn wir nicht unser Vermögen angraben
wollen, das heißt ärmer werden und zugleich
die Grundlage unserer Wirtschaft verengern,
so müssen die notwendigen jährlichen Auf-
wendungen aus dem National einkommen
gedeckt werden. Dieses können wir aber natur-
gemäß nicht in seiner Gesamtheit für die staat-
lichen Ausgaben mit Beschlag belegen, denn es
müssen aus ihm zunächst bestritten werden:
erstens die notwendigen Lebensaufwendungen
der Gesamtbevölkerung und zweitens eine an-
gemessene Vermehrung des Gesamtkapitals ent-
sprechend mindestens dem jährlichen Bevölke-
rungszuwachs und den zur Verbesserung der
technischen Ausrüstung erforderlichen Summen.
Nur was darüber hinaus vorhanden ist, darf
vom Staat in der Form von Steuern und Ab-
gaben in Anspruch genommen werden, da wir
sonst aus unserem Kapital wirtschaften und
damit den Rückgang unseres Wohlstandes vor
Augen sehen würden.

Ohne allzu pessimistisch zu sein, können wir
wohl sagen, daß die erforderlichen Summen
mit den bisherigen Mitteln der Be-
steuerung nicht zu decken sein werden, ohne
eine Schwächung der wirtschaftlichen Kraft, die
auf keinen Fall eintreten darf.

Wie ein solches allein auf der Belastung des
privaten Einkommens aufgebautes Budget aus-
sehen würde, zeigt uns der letzte Voranschlag
des englischen Schatzkanzlers, der mit den
folgenden Summen rechnet:

Einnahmen aus Abgaben	457,125,000 Pf. St.
aller Art	45,150,000 . . .
Andere Einnahmen	502,275,000 Pf. St.
Zusammen	

Das sind also im ganzen rund 10-05 Mi-
liarden Mark. Um welche Belastung es sich
dabei im einzelnen handelt, geht wohl am besten
daraus hervor, daß die Einkommensteuer mit
11 1/4 Prozent beginnt und in der höchsten Stufe
bis auf 42 1/2 Prozent steigt!

Eine derartige Belastung kann auf die Dauer
weder England noch irgendein anderes Land
tragen, wenn es ihm nicht gelingt, das ver-
fügbare Nationaleinkommen ganz abweislich zu
steigern. Hierzu gibt es aber nur zwei Mittel:
Das eine, das nur in beschränktem Umfang
zur Anwendung kommen kann, heißt: äußerste
Sparsamkeit. Das andere, das bei dem
heutigen Stand der Technik in viel weiterem
Umfang herangezogen werden kann, heißt:
Steigerung der Produktivität.

Gegenüber diesen Aufgaben fällt nun für
die Zentralmächte die Ueberlegenheit ihrer wirt-
schaftlichen Organisation auf das stärkste in die
Waage. England, das keinerlei staatliche Eigen-
betriebe und keine Möglichkeit der direkten
Einwirkung auf die wirtschaftliche Produktion
besitzt, hat nur das einzige Mittel der Belastung
des privaten Einkommens. Dadurch kann es
allerdings zu äußerster Sparsamkeit zwin-
gen, aber die abnorme Höhe der Belastung ver-
stört den Antrieb zur Produktion und die Mög-
lichkeit ausreichender Kapitalbildung gerade in
dem Zeitpunkt, wo diese am notwendigsten
sind. Gätten die Zentralmächte keine andere
Möglichkeit, so wären sie — entsprechend ihrem
geringeren Volkseinkommen und den großen
Schwierigkeiten, die ihr Ausfuhrhandel zweifel-
los in der nächsten Zeit auf den Weltmärkten
zu überwinden haben wird — in noch ungun-
stiger Lage als England! Aber der weitgehende
Einfluß, den bei uns der Staat direkt und in-
direkt auf die Steigerung der Produktivität
ausüben kann, gestattet uns, andere Wege zu
suchen. Wir werden suchen müssen, die Steuer-
lasten nur so weit anzuziehen, um äußerste
Sparsamkeit der Lebensführung, nicht aber
Schädigung der Produktion oder Kapitalbil-
dung zu veranlassen. Auf der anderen Seite
werden wir aber in der Lage und genötigt sein,
den stärkstmöglichen Anreiz zur Steigerung
der Produktion, zur Verbesserung der Technik
und zur äußersten Ausnutzung aller Vorteile zu
geben.

Wie muß unter solchen Umständen das neue
Steuer- und Finanzsystem aussehen?

I.

Mit Bezug auf die indirekten Steuern
Verbrauchsabgaben, Verbrauchssteuern usw.) wäre
der Grundgedanke der Besteuerung des notwendigen
Lebensbedarfes und der Einschränkung des ent-
behrlichen Verbrauches festzuhalten; das heißt
also vor allem: hohe Steuern auf Luxusgegen-
stände sowie auf den Massenverbrauch ver-
derblicher Genussmittel wie Tabak, Zigarren,
Zigaretten, Bier, Branntwein usw. Wenn durch
diese Belastung eine Verringerung des Konsums
eintreten sollte, so müssen wir uns ganz klar
darüber sein, daß dies nicht nur in hygienischer,
sondern vor allem auch in wirtschaftlicher Be-
ziehung keinen Nachteil, sondern im Gegenteil

Die Zeit

Kriegskostendeckung.

Von Prof. Dr. Edgar Jaffe (München).

Vor Ausbruch des Weltkrieges wurde nicht
selten, auch von kompetenter Seite, die Ansicht
vertreten, daß ein solcher Konflikt, wenn er
käme, höchstens einige Monate dauern könne,
und zwar vor allem wegen der ungeheuren
Kosten, die er verursachen würde und die bei
längerer Dauer kein Staat aufzubringen im-
stande sei.

Nun tobt der Krieg fast zwei Jahre in einer
Ausdehnung und Intensität, die niemand vor-
aussehen konnte. Fast alle großen Nationen sind
direkt oder indirekt an ihm beteiligt, auch die
Neutralen sehen sich zu schwer lastenden mili-
tärischen Aufwendungen gezwungen. Die Kosten
der Kriegführenden überschreiten um ein Be-
deutendes die Vorberechnungen infolge der
Heranziehung aller wehrfähigen Männer wie
auch durch den ungeheuren Munitionsverbrauch,
die Masse schwerer Artillerie, die Verwendung
aller neuen technischen Verbesserungungen.

Trotz alledem zeigen sich nirgends — auch
nicht bei den wirtschaftlich Schwächeren der
Kriegführenden Mächte — so große Schwierig-
keiten mit Bezug auf die Finanzierung des
Krieges, daß etwa aus diesem Grunde eine Be-
endigung des Konflikts zu erwarten stände. Im
Gegenteil, es hat fast den Anschein, als ob alle
Beteiligten entschlossen seien, den Kampf bis
zum bitteren Ende durchzuführen, solange
Menschenmaterial und Nahrungsmittel vor-
handen sind.

Die Möglichkeit für die bisher vergleichsmäßig
so glatt verlaufene Aufbringung der Kriegs-
kosten ist dort, wo der Staat sich des vollen Ver-
trauens seiner Bürger erfreut, gegeben durch
die Bereitwilligkeit, mit der die Kriegsanleihen
vom Publikum gezeichnet wurden und dort, wo
dies Vertrauen nicht ausreichte (Rußland,
Italien, zum Teil auch Frankreich), durch die
Ergänzung der freiwilligen Anleihen durch ver-
steckte Zwangsanleihen in der Form von riesigen
Papiergeldemissionen. So ist ja zum Beispiel
das Notenausgaberecht der Bank von Frankreich
im Laufe des Krieges von 68 auf 18 Milliarden
Franken erhöht worden.

Doch bedeutet beides: Anleiheaufnahme wie
Papiergeldausgabe, nur eine vorläufige Ueber-
tragung der Kosten vom Staate auf die Schultern
der Privaten. Daran anschließend wird eine
endgültige Deckung erforderlich sein, indem die
Staaten sich so große neue Einnahmequellen
schaffen, daß sie aus diesen Verzinsung und Til-
gung der Kriegsausgaben bestreiten können.
Für diejenigen, denen dieses nicht gelingt, ist
mit Hinblick auf die ganz riesenhafte an-
schwellende Kriegsschuldung tieferer oder
pöblicher Staatsbankrott die unausweichbare
künftige Folge. Nach den neuesten Schätzungen
betragen die bisherigen Aufwendungen der in
den Krieg verwickelten Nationen bereits mehr
als 150 Milliarden Mark; rechnet man hinzu
noch die Kosten für weitere drei oder sechs
Monate sowie die nach Friedensschluß sofort in
Angriff zu nehmende Invaliden- und Sinter-
bliebenenfürsorge und ferner die Kosten für die